

AUSARBEITUNG

Thema: SPD und deutsche Vereinigung

Fachbereich XI Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Verfasser/in:

Abschluss der Arbeit: 30. Januar 2006

Reg.-Nr.: WD 1 - 002/06

Ausarbeitungen von Angehörigen der Wissenschaftlichen Dienste geben **nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung** wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung des einzelnen Verfassers und der Fachbereichsleitung. Die Ausarbeitungen sind dazu bestimmt, das Mitglied des Deutschen Bundestages, das sie in Auftrag gegeben hat, bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

1. Wie stand die SPD 1990 zur Finanzierung der Kosten der Einheit, insbesondere der Kosten für die Währungsunion?

Generell sind in der Vereinigungsphase seit Anfang 1990 nur wenig konkrete Aussagen zur Durchführung und Finanzierung der Kosten der Vereinigung im politischen Raum gemacht worden. Zudem war die politische Debatte angesichts der rasanten Dynamik des deutschen Vereinigungsprozesses seit Herbst 1989 von einem raschen Wechsel politischer Konzepte und Positionen in allen politischen Lagern gekennzeichnet. Die Situation gestaltete sich für die SPD aufgrund ihrer Oppositionsrolle auf Bundesebene insofern besonders schwierig, als sie auf die vielen schnellen Entscheidungen der Bundesregierung zumeist nur reagieren konnte und demzufolge ihre eigenen Alternativvorschläge immer Gefahr liefen, bereits zum Zeitpunkt der Bekanntgabe veraltet zu sein.

In der Frage der Währungsunion zeigte sich die SPD intern gespalten. Bereits im Dezember 1989 hatten Ingrid Matthäus-Maier und Wolfgang Roth, finanz- bzw. wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, eine deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion angeregt. Auch die ostdeutsche SPD hatte im Januar / Februar 1990 die Herstellung eines Wirtschafts- und Währungsverbunds beider deutscher Staaten als vorrangige Aufgabe einer möglichen SPD-geführten DDR-Regierung betrachtet. Aber im Gegensatz zu Matthäus-Maier und Roth, die sich für einen Umtauschkurs von 1 : 5 (seit April 1 : 2) aussprachen, forderten die Sozialdemokraten in der DDR eine Umtauschquote von 1 : 1 (Wulff: 70; Soell: 213). Dagegen stand der mutmaßliche Kanzlerkandidat Lafontaine einer Währungsunion von Anfang an skeptisch bis ablehnend gegenüber und präferierte zunächst die Durchführung von Wirtschaftsreformen, da ansonsten ein Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zu erwarten sei. Tatsächlich scheint der damalige SPD-Kanzlerkandidat davon ausgegangen zu sein, dass der von ihm vorgeschlagene Weg einer allmählichen Annäherung der beiden deutschen Staaten erheblich geringere Kosten verursacht hätte als der tatsächlich praktizierte Weg (vgl. Wulff: 74; Interview mit Oskar Lafontaine in: Der Spiegel 22/1990;

Zugleich forderte Lafontaine die Bundesregierung auf, die Bürger über die zu erwartenden Kosten der Einheit umfassend aufzuklären; eigene Finanzierungsmöglichkeiten konnte und wollte Lafontaine angesichts der Unklarheiten über die tatsächlichen Kosten nicht aufzeigen. Die Ablehnung der Währungsunion und die Präferenz für eine allmähliche währungs-, wirtschafts- und sozialpolitische Annäherung der beiden deutschen Staaten sowie deren Einbettung in die allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde in der Folgezeit – trotz einer Vielzahl anders lautender Stimmen aus den eigenen Reihen – offizielle Politik der SPD.

Ebenso ließ sie – ganz im Sinne Oskar Lafontaines – während des gesamten Vereinigungsprozesses nicht darin nach, die Bundesregierung aufzufordern, die Kosten der Einheit konkret zu benennen. (SPD-Jahrbuch 1990 C37f., C42 u. C45f.; vgl. Presseer-

klärung des SPD- u. Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel vom 11.6.1990, SPD-Jahrbuch 1990: C 57f; Vorlage für die Sitzungen der SPD-Fraktion im Deutsche Bundestag am 22.8.1990, SPD-Jahrbuch 1990: C45). Die mangelnde Transparenz der zu erwartenden Kosten der Einheit – die sicherlich auch in großem Umfang für das damalige Regierungslager galt – war im Übrigen sicherlich mit ein entscheidender Grund dafür, dass konkrete Finanzierungsvorschläge im Vorfeld der deutschen Vereinigung Mangelware blieben.

Seiner Partei empfahl Lafontaine schließlich, dem Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion im Bundesrat zuzustimmen, diesen aber im Bundestag abzulehnen. Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt und der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel sprachen sich ebenso wie die SPD in der DDR jedoch für den von der Regierung Kohl vorgelegten Vertrag über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion aus. Gegen den Willen ihres designierten Kanzlerkandidaten stimmte die SPD dem Vertrag über die Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion in Bundesrat und Bundestag schließlich zu.

Die Stellungnahmen zur Finanzierung der Einheit bzw. des wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Aufbaus der ehemaligen DDR waren im Vereinigungsjahr 1990 generell erstaunlich vage und unpräzise. Die politische Auseinandersetzung konzentrierte sich diesbezüglich – wenn überhaupt – weniger auf Finanzierungsfragen als auf den Streit um die kostengünstigere Lösung (etwa in Bezug auf die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit). Dementsprechend vage fielen auch die Stellungnahmen aus der SPD zur Finanzierung der Vereinigungskosten aus. Der designierte Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine sprach sich in einem Spiegel-Interview von Mai 1990 dafür aus, den (wirtschaftlichen) Aufbau der DDR durch Verzicht auf eine Senkung der Unternehmenssteuern und Kürzung der Verteidigungsausgaben (geschätzter Verteidigungsetat für 1991 gesamt: über 50 Mrd. DM) zu finanzieren. (Der Spiegel 22/1990).

Daneben hatte sich die SPD bereits im Vorfeld der Verhandlungen zur Wirtschafts- und Währungsunion vehement für die Beschlagnahme der „unrechtmäßig erworbenen“ Vermögen und Guthaben von Funktionären und Organisationen der DDR (Parteien, Massenorganisationen, Staatssicherheit usw.) sowie die wirksame Begrenzung von Devisenspekulationen eingesetzt (SPD-Jahrbuch 1990: C39, C42 u. C.50).

Ab Ende August, als sich allmählich die wirklichen Dimensionen der Vereinigungskosten abzeichneten, wurden aus den Reihen der SPD weitere Finanzierungsvorschläge zur Deckung der Kosten der deutschen Vereinigung ins Spiel gebracht. SPD-Politiker sprachen sich unter anderem für

- Sonderabschreibungen für Investitionen in den neuen Ländern,
- Steuererhöhungen zu Lasten höherer Einkommensgruppen (Ergänzungsabgabe),
- eine Begrenzung der Neuverschuldung und umfassende Haushaltssperren bei den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt,

- den Abbau verfehlter und ineffizienter Subventionen (z.B. für industrielle Agrarproduktion, Kernenergie und Flugbenzin),
- eine Umschichtung der Kosten für die Teilung (z.B. Zonenrandförderung) zugunsten der Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit,
- eine Erhöhung der Energiesteuern und -abgaben sowie
- eine Erhöhung der Umweltabgaben

aus. (Quick 30.8.1990, SZ 31.8.1990, 3.9.1990 u. 11.9.1990, FAZ 1.9.1990 u. 13.9.1990 Handelsblatt 3.9.1990, Der Spiegel 3.9.1990, FR 13.9.1990, Wirtschaftswoche 5.10.1990, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 12.10.1990)

In diesem Zusammenhang wäre noch darauf hinzuweisen, dass die SPD in der Debatte über die deutsche Vereinigung ebenfalls eine Reihe von finanziell aufwändigen Alternativvorschlägen einbrachte, ohne deren Finanzierung näher zu erörtern. So mahnte der seit Juni amtierende Vorsitzende der DDR-SPD Thierse - bei allem Verständnis für die Betonung der Kosten der Einheit durch die West-SPD und Lafontaine – in dieser Frage seine Parteifreunde im Westen zur Mäßigung, da er von dieser Diskussion negative Auswirkungen auf die Bereitschaft der westdeutschen Bevölkerung zur Vereinigung befürchtete. Stattdessen forderte er eine soziale Absicherung möglicher negativer Folgen der Währungsunion mit Geldern der Bundesrepublik. (Wulff: 76).

Daneben ging es den Sozialdemokraten in Ost und West insbesondere darum, den Kommunen und Ländern in der DDR eine solide finanzielle Grundlage zu verschaffen. Dass die SPD während Verhandlungen zum Einigungsvertrag auf diesen Aspekt nachdrücklich hingewiesen hatte, rechnete Thierse in einer Presseerklärung vom 31.8.1990 seiner Partei als besonderes Verdienst an (auch wenn er die betreffenden Vertragsbestimmungen letztendlich als völlig unzureichend bewertet). Auch die Vorstände der SPD (West und Ost) reklamierten in einer Presseerklärung vom selben Tag als ihr Verdienst, dass die Ausgangsbedingungen für die ostdeutschen Kommunen und Länder im Einigungsvertrag verbessert werden konnten. (SPD-Jahrbuch 1990: C37 u. C42).

Weitere finanziell wirksame Forderungen seitens der Sozialdemokraten sind einer gemeinsamen Präsidiums-Entscheidung der SPD-West und -Ost vom 20.8.1990 zu entnehmen. Darin wurde unter anderem gefordert (SPD-Jahrbuch 1990: C42):

- ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur;
- Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und zur Sanierung des Wohnungsbestands;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur;
- Einführung einer Förderungspräferenz für Investitionen in der DDR gegenüber entsprechenden Investitionsförderungen in der Bundesrepublik;
- Erleichterungen beim Abbau der betrieblichen Altschulden.

2. Positionen der SPD zur Lösung der Eigentumsfragen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR

Den Verlautbarungen verschiedener SPD-Führungsgremien im Vorfeld der deutschen Vereinigung zufolge sollten die Alteigentümer – zum damaligen Zeitpunkt meist Bürger der Bundesrepublik – ihre Grundstücke nicht zurückerhalten, sondern vorrangig entschädigt werden. Wenn Rechte der gegenwärtigen Nutzer und die Rechte Dritter erhalten blieben und die Interessen der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt würden, könne eine Wiederherstellung der ursprünglichen Eigentumsrechte erfolgen. Entschädigungen sollten nach SPD-Willen nicht aus Steuermitteln oder dem Treuhandvermögen, sondern aus einem unabhängigen Fonds, der aus dem Vermögen der ehemaligen Blockparteien gespeist werden sollte, finanziert werden. Eine Änderung des vor dem 7. Oktober 1949 geschaffenen Rechtszustands (Enteignungsmaßnahmen durch die sowjetischen Besatzungsbehörden) lehnte die SPD ab. (Entschließung des SPD-Präsidiums vom 28.8.1990; SPD-Jahrbuch 1990: C42; vgl. Beschluss der SPD-Volkskammerfraktion vom 24.7.1990 sowie „Wesentliche SPD-Positionen in den Verhandlungen zum Einigungsvertrag“, SPD-Jahrbuch 1990: C44)

Die SPD-Vertreter in der DDR-Regierung äußerten allerdings verfassungsrechtliche Zweifel an der Zulässigkeit des vom SPD-Präsidium befürworteten Grundsatzes „Entschädigung vor Rückgabe“ wegen verfassungsrechtlicher Bedenken aufgrund der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes. In allen politischen Lagern bestand aber Konsens darüber, dass die von der sowjetischen Besatzungsmacht im Zuge der Bodenreform vor 1949 getroffenen Regelungen (v.a. Enteignung der großen Güter) unangetastet bleiben sollten (Wulff: 82; SPD-Jahrbuch 1990: C 37 u. C42).

3. Wie wollte die SPD eine funktionierende Verwaltung aufbauen?

Konkrete Vorschläge der SPD zum Aufbau der Verwaltung in den ostdeutschen Kommunen und Ländern im Vorfeld der staatlichen Vereinigung am 3. Oktober 1990 konnten nicht ausfindig gemacht werden, was angesichts der komplexen und überaus schwierigen Materie auch nicht weiter verwundern kann. Denn es ging in diesem Zusammenhang um komplizierte administrative Sachfragen, deren Lösung ein hohes Maß von Expertenwissen voraussetzte, das üblicherweise in der staatlichen Verwaltung und weniger im explizit politischen Raum versammelt ist. Die diesbezüglichen Willensbekundungen der Sozialdemokraten erschöpften sich daher in der Regel in der Erklärung grundlegender Leitprinzipien und allgemeiner Forderungen zur Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Verwaltungsarbeit.

Während der Verhandlungen zum Einigungsvertrag haben die Sozialdemokraten in Ost und West immer wieder eine solide finanzielle Grundausstattung von Ländern und Kommunen angemahnt, um die Gebietskörperschaften in der Lage zu versetzen, ihre wesentlichen Aufgaben (z.B. geregelten Betrieb von Schulen und Kindertagesstätten etc.) angemessenen wahrzunehmen (SPD-Jahrbuch 1990: C37 u. C44). Ebenso mahnte die SPD in einer Entschließung ihres Parteirates vom 27.8.1990 eine Stärkung der föderativen Gestaltungsrechte von Ländern und Kommunen in den neuen Ländern an (SPD-Jahrbuch 1990: C44). Bereits im Vorfeld des ersten Staatsvertrags zur Wirtschafts- und Währungsunion hatte die SPD-Bundestagsfraktion ergänzende Hilfen beim Aufbau demokratischer Strukturen im personellen und sachlichen Bereich für Verwaltung und Rechtsprechung gefordert (Vorlage für die Sitzungen der SPD-Fraktion am 22.5.1990, SPD-Jahrbuch 1990: C46).

Daneben haben Gremien und führende Vertreter der SPD während der Diskussion über die deutsche Vereinigung auf eine Reihe von Einzelproblemen wie z.B. die finanzielle Belastung der DDR-Länder wegen der Überbesetzung des Öffentlichen Dienstes in der DDR hingewiesen (SPD-Jahrbuch 1990: C37 u. C42).

4. Positionen der SPD zur Herstellung der „inneren Einheit“

Die Herstellung der inneren Einheit wurde zwar schon im Vorfeld der staatlichen Einheit angesprochen, als breit interessierendes – und seitdem immer wieder diskutiertes – Thema fand die Frage des inneren Zusammenwachsens der vierzig Jahre getrennt lebenden Bevölkerungsteile aber erst nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 größere Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit. Entsprechend der Breite und Komplexität der hiermit angesprochenen Fragen und Probleme fielen auch die diesbezüglich gemachten Vorschläge äußerst vielfältig und kontrovers aus. Die große Heterogenität der Diskussionsbeiträge war nicht zuletzt auch der Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit der Politik gegenüber einer für das Zusammenleben und die Herstellung gesellschaftlicher Kohärenz eminent wichtigen Materie, die mit politischen und administrativen Maßnahmen nur bedingt beeinflussbar ist. Einstellungen, Werte, Solidarität und Gemeinschaftsbewusstsein lassen sich nicht von oben verordnen, sondern können sich letztendlich nur aus der täglichen Praxis des Zusammenlebens der Betroffenen selbst heraus entwickeln. Die in diesem Zusammenhang seitens der Politik gemachten Vorschläge und Initiativen trugen daher mehr den Charakter von begleitenden Fördermaßnahmen zur Herstellung der inneren Verbundenheit. Neben der von allen relevanten politischen Kräften vorgetragenen Forderung nach Herstellung gleicher Lebensverhältnisse sind in diesem Zusammenhang von SPD-Seite unter anderem folgende Forderungen erhoben worden:

- Gewährleistung „der Gleichheit der Wahlbedingungen und der wirklichen Gemeinsamkeit der Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Parlament“ durch Schaffung eines einheitlichen Wahlgebiets, Gültigkeit gleicher Wahlmodalitäten und Einführung einer auf das ganze Wahlgebiet bezogenen Sperrklausel (Beschluss der SPD-Volkskammerfraktion vom 24.7.1990, SPD-Jahrbuch 1990: C44; „Wesentliche SPD-Positionen in den Verhandlungen zum Einigungsvertrag“, SPD-Jahrbuch 1990: C45);
- die Aufnahme der Sicherung von Kultur und Bildung als Staatszielbestimmung in die Verfassung (EntschlieÙung des Parteirats vom 27.8.1990, SPD-Jahrbuch 1990: S. C43);
- eine weitere Demokratisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, unter anderem durch eine
 - verfassungsrechtliche Garantie der Mitbestimmung der Beschäftigten in Betrieben, Unternehmen und Dienststellen sowie durch
 - die Aufnahme der unmittelbaren Bürgerbeteiligung (durch Volksbegehren und Volksentscheid) auf allen politischen Ebenen in die Verfassung (EntschlieÙung des Parteirats vom 27.8.1990, SPD-Jahrbuch 1990: S. C43);
- Annahme der endgültigen Verfassung des vereinigten Deutschlands per Volksabstimmung gemäß Artikel 146 des Grundgesetzes (SPD-PV vom 31.8.1990, SPD-Jahrbuch 1990: C37; „Wesentliche SPD-Positionen in den Verhandlungen zum Einigungsvertrag“, SPD-Jahrbuch 1990: C45);

- Intensivierung des Personaltransfers in der öffentlichen Verwaltung zur Überwindung der Barrieren in der DDR-Verwaltung gegen eine marktwirtschaftliche Umstellung der Wirtschaft (SZ 31.8.1990).

Schließlich wäre in diesem Zusammenhang noch darauf hinzuweisen, dass Sozialdemokraten (wie auch Vertreter anderer Parteien, Journalisten und Intellektuelle) in Erkenntnis der Tatsache, dass sich die deutsche Einheit nicht allein über die Lösung der zahlreichen und komplexen rechts-, wirtschafts- und sozialpolitischer Sachfragen herbeiführen lasse, auch einen umfassenden innergesellschaftlichen Dialog über die historische kulturelle sowie wert- und sinnorientierte Dimension der deutschen Vereinigung einforderten (vgl. Frankfurter Rundschau 13.5.1990).

5. Literatur

a) Monographische Literatur

- Peterson, Fabian (1998), *Oppositionsstrategie der SPD-Führung im deutschen Einigungsprozess 1989/1990 - strategische Ohnmacht durch Selbstblockade?*, Hamburg 1998, (Auszüge S. 1-25, 69-75, 85-112, 119-134, 164-167, 209-211, 216-222, 225-233, 468-471 u. 559-569).
- Soell, Hartmut (2003): „Sozialpatriotismus“. Erinnerungen an das ´tolle Jahr`1989/90, in: Franz-Josef Jelich/Stefan Goch (Hrsg.), *Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach*, Essen, S. 205-217.
- Sturm, Daniel Friedrich (2005), *Uneinig in die Einheit*, in: *Berliner Republik* 5/2005, S. 52-61.
- Sturm, Daniel Friedrich (2005), *In schwierigen Gewässern*, *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 52. (2005), H. 7-8, S. 26-29.
- Wulff, Heike (1996), *SPD und Einheit*, Examensarbeit am Historischen Seminar der Universität Hamburg

b) Veröffentlichungen aus Zeitungen, Agenturen etc.

- *Jahrbuch der SPD 1988–1990*, Bonn 1992, S. B77-B85, C37-39, 42-C68
- *Einigung über Währungsunion perfekt*, *Die Welt* (3.5.1990).
- *Gestaffelte Umtauschsätze*, *FAZ* (3.5.1990).
- *Staatsvertragsentwurf für die deutsche Einheit*, *Wirtschaftswoche* Nr. 019 (4.5.1990).
- *Die Grenzen sind erreicht*, *Hamburger Morgenpost* (19.5.1990).
- *Auf den Kohl eindreschen*, *Der Spiegel* (28.5.1990).
- *Fragen des deutschen Staatsvertrages*, *Kommentarübersicht BPA* (30.5.1990).
- *Der Fall Oskar Lafontaine*, *Die Zeit* (1.6.1990).
- *Wolfgang Roth, SPD zum Staatsvertrag mit der DDR*, *Kommentarübersicht BPA* (8.6.199).
- *Schuldenfinanzierung schnürt Handlungsfähigkeit der Bundespolitik immer weiter ein – Chance zum Sparen nutzen*, *Wochenende* (10.6.1990).
- *SPD sinnt auf Schadensbegrenzung*, *Die Welt* (12.6.1990).
- *Vogel mit den Gesprächen über den Staatsvertrag zufrieden*, *FAZ* (13.6.1990).
- *Engholm will mehr als nur die Einheit über DM und Rendite*, *Frankfurter Rundschau* (13.6.1990).
- *Vogel gibt Bedenken gegen Vertrag mit der DDR auf*, *Süddeutsche Zeitung* (13.6.1990).
- *SPD-Spitzenpolitiker fordern schnellen DDR-Beitritt*, *Handelsblatt* (13.8.1990).

- Zur Entlassung von DDR-Finanzminister Romberg, Kommentarübersicht BPA (16.8.1990).
- Gegen Aussperrung - Wolfgang Roth über die Situation in der DDR, Westfälische Nachrichten (18.8.1990)
- Interview mit Oskar Lafontaine vom 20.8.1990, Presseservice der SPD 356/90 (20.8.1990).
- Lafontaine fordert Milliardenhilfe für die DDR, Hannoversche Allgemeine (22.8.1990).
- Marktwirtschaft á la CDU lernt die DDR-Bevölkerung jetzt kennen, Berliner Zeitung (28.8.1990).
- Steuererhöhung! 100 Milliarden Mark für die DDR, QUICK (30.8.1990).
- Rascher Aufschwung durch Privatkapital, Süddeutsche Zeitung (31.8.1990).
- Die SPD fordert die Haushaltssperre, FAZ (1.9.1990).
- Ein Programm mit radikalem Denkansatz, Süddeutsche Zeitung (3.9.1990).
- Kanzlerkandidat Lafontaine kündigt nach Wahlsieg Ergänzungsabgabe an, Handelsblatt (3.9.1990).
- SPD verlangt von den Bundesbürgern einen spürbaren Solidaritätsbeitrag für die DDR, Handelsblatt (3.9.1990).
- Waigel kneift, wenn´s konkret wird, Der Spiegel (3.9.1990).
- SPD tritt mit „Gütesiegel der Gerechtigkeit“ an, Die Welt 4.9.1990).
- Anke Fuchs fordert Finanzspritze für die DDR-Gemeinden, Süddeutsche Zeitung (4.9.1990).
- Sanierung der DDR-Wirtschaft, Die Zeit (7.9.1990).
- Nicht über große Koalition philosophieren, Die Tageszeitung (10.9.1990).
- Lafontaine: Moderate Steuererhöhung nötig, Süddeutsche Zeitung (11.9.1990).
- Vogel will Klarheit in der Partei, FAZ (12.9.1990).
- Lafontaine will Ergänzungsabgabe für Einheit, Frankfurter Rundschau, 13.9.1990.
- Lafontaine: Die Reichen sollen zusätzlich zahlen, FAZ (13.9.1990).
- Die SPD hat nichts gelernt, FAZ (18.9.1990).
- Finanzausstattung der Kommunen verbessern, FAZ (19.9.1990).
- Waigel drückt sich, Wirtschaftswoche (5.10.1999).
- Es ist unsere Aufgabe, den Schaden zu begrenzen, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (12.10.1990).